

Berlin, 19. März 2026

Kunststoffverarbeiter flächendeckend von Preisaufschlägen und Force Majeure betroffen

Zwei Drittel der befragten Unternehmen sind bereits wenige Tage nach der militärischen Eskalation des Konflikts im Nahen Osten von Preisaufschlägen der Rohstofflieferanten betroffen. Die übrigen Unternehmen haben fast ausnahmslos entsprechende Ankündigungen erhalten. Die Lieferanten berufen sich auf sog. Force Majeure („höhere Gewalt“), mit Hinweisen auf geopolitische und logistische Faktoren, speziell die Blockade der Straße von Hormus respektive gestiegene Frachtkosten (68%), den Iran-Krieg (63%) sowie allgemein gestiegene Rohstoff- und Energiepreise (62%).

Der GKV weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bestehende Verträge einzuhalten sind. Die bisher vorliegenden Force Majeure-Erklärungen sind fast ausnahmslos zu pauschal und genügen den rechtlichen Anforderungen nicht. „Kunststoffverarbeiter sollten dieses Verhalten nicht akzeptieren, sondern den jeweiligen Rohstofflieferanten auffordern, die Voraussetzungen des Force Majeure-Ereignisses detailliert darzulegen“, erklärt Dr. Oliver Möllenstädt, GKV-Hauptgeschäftsführer. Dazu hat der GKV praktische Handreichungen an seine Mitgliedsunternehmen verteilt. Tatsächlich haben bisher 39% der Befragten die Preisforderungen der Lieferanten zurückgewiesen, ein knappes Drittel (28%) hat die konkrete Darlegung der Umstände verlangt. Jedes dritte Unternehmen (37%) prüft eine Substitution durch alternative Lieferanten oder Materialien.

„Auf Unverständnis unserer Unternehmen stößt insbesondere die Tatsache, dass die Lieferanten Force Majeure für Kunststoffe erklären, obwohl die Ausgangsmaterialien bereits Wochen vor der Blockade in Europa angekommen sind. Einer solchen künstliche Verknappung und Preistreiberei treten wir entschieden entgegen“, erklärte Dr. Oliver Möllenstädt. „Die Kunststoffherzeuger sollten, anstatt immer weiter an der Preisschraube zu drehen, vielmehr überlegen, wie sie eine Versorgung ihrer Kunden gewährleisten, wenn die Krise länger andauert“, forderte Möllenstädt.

Die Preissteigerungen betreffen in erste Linie die Kunststoffe PE und PP und betragen zwischen 40 und 60 Prozent. Aufgrund dieser massiven Preissteigerungen sehen sich viele Kunststoffverarbeiter ihrerseits gezwungen, die Preise für Kunststoffprodukte anzuheben. Insofern erwartet der GKV kurzfristig spürbare Preissteigerungen für viele Kunststoffprodukte. Bisher kann nur eine Minderheit von 10% der Befragten die Mehrkosten zum überwiegenden Teil tatsächlich weitgehend überwälzen. Die Mehrheit von 58% realisiert lediglich eine teilweise Weitergabe, während nahezu ein Drittel (30%) die Kosten kaum an die Kunden durchreichen kann. Selbst wenn eine Weitergabe z.B. im Rahmen von Preisgleitklauseln möglich ist, gelten diese teilweise erst verzögert. Entsprechend negativ fällt die Ergebniserwartung aus: Für 58% der Unternehmen haben die Entwicklungen sehr starke Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis. Für 3% der Betriebe nehmen die Belastungen gar existenzbedrohende Ausmaße an.

Die drastischen Preiserhöhungen treffen die Kunststoff verarbeitende Industrie zur Unzeit. Viele Unternehmen kämpfen mit Umsatzrückgängen infolge der seit drei Jahren schwachen

Berlin, 19. März 2026

Kunststoffverarbeiter flächendeckend von Preisaufschlägen und Force Majeure betroffen

Nachfrage. Diese Unternehmen werden infolge des drastischen Kostenanstiegs nun zusätzlich mit Liquiditätsproblemen konfrontiert. Der GKV warnt die Unternehmen der Kunststoff erzeugenden Industrie davor, die Kunststoffverarbeiter mit überzogenen Preisaufschlägen zu überfordern, eine Insolvenzwellen bei ihren Kunden auszulösen und den Kunststoff-Standort Deutschland strukturell zu beschädigen.